

Prof. Dr. Thomas Topfstedt

(nicht publizierter Vortrag auf der Tagung zur Gründung der Nordeuropäischen Bauakademie in Wismar, Oktober 2000)

Ostdeutsche Baukultur oder Baukultur in Ostdeutschland?

Zusammenfassung:

Gradmesser für Baukultur ist nicht allein die Qualität einzelner herausragender Bauten, sondern ist die Bewältigung der sozialen, funktionellen und raumgestalterischen Aspekte der gesamten Stadtentwicklung. In Ostdeutschland, d.h. in den so genannten „Neuen Bundesländern“, kommt zu diesen Aufgaben die unausweichliche Auseinandersetzung mit den zu DDR-Zeiten erbrachten Bauleistungen hinzu. Am Beispiel der Ernst-Reuther-Allee in Magdeburg, der wiedergewonnenen Platzfolge von Fischmarkt und Holzmarkt in Halberstadt und den Ergebnissen des Wettbewerbs zur Neugestaltung des Dresdner Altmarktes wird dargestellt, wie breit die Palette der Lösungswege ist, und dass baukulturelle Ansprüche nicht aus abstrakten Leitbildern, sondern nur aus den konkreten Bedürfnissen und Möglichkeiten des jeweiligen Ortes entwickelt werden können.

Um es sofort zu sagen: ich sehe nicht, dass sich nach der Wiedervereinigung Deutschlands in den so genannten „Neuen Bundesländern“ eine genuin „ostdeutsche“ Baukultur konstituiert hat, weil dafür keine gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestehen und weil – von Ausnahmen abgesehen – die am Bauboom der neunziger Jahre beteiligten Architekten sich in ihrem Schaffen eher an den zeittypischen internationalen Architekturleitbildern orientiert haben, als dass sie eine dezidiert regionale Architektur kreieren wollten. Wie unmöglich es überdies ist, Fragen der Baukultur vorzugsweise oder gar ausschließlich an der gestalterischen Qualität von Architektur und Stadträumen festzumachen, hat Ingeborg Flagge in ihrem Referat eindrucksvoll verdeutlicht.

Gleichwohl gibt es eine Reihe historisch geprägter Rahmenbedingungen, ohne deren Berücksichtigung ein stichhaltiges Urteil über die Entwicklung und die Ergebnisse des Bauens der vergangenen zehn Jahre in Ostdeutschland nicht getroffen werden kann. Die wohl wichtigste Prämisse war der nicht anders als katastrophal zu bezeichnende bauliche und infrastrukturelle Zustand, in den das Gros der Städte und Gemeinden in der damaligen DDR durch ökonomische Schwäche, mangelhafte Werterhaltung und planwirtschaftliche Hybris geraten war.¹⁾ Diese unselige Entwicklung war mit den verkrusteten politischen Strukturen der DDR nicht mehr korrigierbar und wurde erst im Zuge der Wende 1989/90 unter dem Druck der sich in vielen Städten rasch formierenden Bürgerbewegung gestoppt. Wie das Beispiel der Halberstädter Unterstadt zeigt, lief aber die Abriss- und Ersatzneubauemaschinerie in vielen Orten zunächst weiter und kam erst im Frühjahr 1990 mit der Auflösung der überkommenen Bauverwaltungen und der strukturellen Entflechtung der großen Wohnungsbaukombinate endgültig zum Erliegen. Aus der Situation des gesellschaftlichen Umbruchs erwachsen damals einige spektakuläre Aktionen wie der „Erfurter Bürgerwall“ am 10. Dezember 1989 (eine riesige Menschenkette, die das gesamte Areal der unter Flächendenkmalschutz stehenden Erfurter Altstadt mit dem vom Abriss akut bedrohten Andreasviertel umschloss) oder die Erste Leipziger Volksbaukonferenz vom 6. und 7. Januar 1990, auf der in der Situation des politischen Umbruchs der beherzte Versuch einer basisdemokratischen Erörterung aller vor Ort anstehenden baupolitischen und baukulturellen Probleme unternommen wurde.²⁾

Dieses jäh aufgeflamnte und vorübergehend tatsächlich breite öffentliche Engagement in Fragen des Bauens ließ in dem Maße nach, wie sich die Bürger der „Neuen Bundesländer“ mit ihren eigenen Sorgen – allem voran die Sicherung der beruflichen Existenz – beschäftigen mussten. Dafür begannen jene planerischen und administrativen Instrumentarien zu greifen, die in der „alten“ Bundesrepublik zur Steuerung der Stadtentwicklung und zur allgemeinen Belebung der Baukonjunktur längst ausgebildet worden waren und nun zügig sowie z. T. bemerkenswert unbürokratisch auf die neuen Aufgabenfelder übertragen wurden. Von diesen Strategien profitierte in erheblichem Maße die Denkmalpflege. Neben Sofortprogrammen zur Sicherung besonders gefährdeter Baudenkmale und städtebaulicher Ensembles wurde 1990/91 auf Bundesebene ein Modellstadt-Programm für die ostdeutschen Städte initiiert, das die Aufgaben des städtebaulichen Denkmalschutzes mit den grundlegenden Zielstellungen der Stadtentwicklung verknüpfte und dank dem die bis zur Mitte der neunziger Jahre reich fließenden Fördermittel in 24 ausgewählten historischen Stadtkernen einen nachhaltigen Sanierungsschub mit wesentlichen Impulsen für die Planungs- und Bautätigkeit auch anderer Städte und Gemeinden auslösten.³⁾

In den vergangenen zehn Jahren ist in Ostdeutschland sehr viel in sehr kurzer Zeit gebaut worden. Viele vormals graue Orte sind in ihren historischen Kernbereichen regelrecht „aufgeblüht“, was den Zustand der frisch renovierten Hausfassaden und die Belebung der innerstädtischen Hauptstraßen und Plätze mit Handels- und gastronomischen Einrichtungen anbelangt. Beim näheren Hinsehen erweist sich jedoch, dass unter dem Druck wirtschaftlicher Verwertungsinteressen die Forderungen der Denkmalpflege nach möglichst komplexer Erhaltung der Originalsubstanz in vielen Fällen nicht durchsetzbar waren und von alten, radikal ausgekernten Gebäuden oft nur die Fassaden übrig blieben. Auf diese Weise geriet Stadt Denkmalpflege eher zur Stadtbildpflege, wozu auch die (weder pauschal abzulehnende noch grundsätzlich zu befürwortende) Rekonstruktion verloren gegangener Bauwerke zu zählen ist. Das Spektrum der baulichen Lösungen war breit. Es reichte von der denkmalpflegerischen und funktionell sinnvollen Gebäudeinstandsetzung und behutsamen, mit Verständnis für den historischen Kontext ausgeführten modernen Lückenschließungsbauten bis hin zur überambitionierten Luxus-Sanierung und zu schönsten Ersatzneubauten ohne jeglichen Ortsbezug.

Insgesamt gesehen hat sich der Bauboom positiv auf die Entwicklung der Stadtzentren ausgewirkt. Für Leipzig, Dresden, Magdeburg und viele andere Städte Ostdeutschlands, deren Stadtzentren zu DDR-Zeiten immer noch notdürftig als Behelfsparkplätze kaschierte Kriegsbächen beziehungsweise unzulänglich bebaute Areale aufwiesen, ist erst in den neunziger Jahren die letzte Phase ihres Wiederaufbaus eingeleitet worden. Hinzu kam ein enormer Nachholbedarf beim Ausbau der Infrastruktur, der alle Bereiche - von den innerstädtischen Versorgungs- und Kommunikationsnetzen sowie dem Ausbau der Verkehrswege bis hin zum Bau neuer Gewerbezentren, Einkaufsparks und Wohnsiedlungen im zunehmend zersiedelten Umland der Städte umfasste. Diese Entwicklung, für die als besonders krasses, aber auch sehr erfolgreiches Beispiel das ab 1990 in kürzester Zeit gleichsam aus dem Boden gestampfte Einkaufszentrum „Saalepark“⁴⁾ bei Günthersdorf /Landkreis Merseburg genannt sei, hat den Städten viel Kaufkraft abgezogen, wie ihnen auch ein empfindlicher Aderlass durch den Exodus insbesondere junger Leute in die „alten“ Bundesländer sowie vieler Familien in die neuen Wohnparks der Umgegend zugefügt wurde. Mit einiger Verzögerung haben die Kommunen auf diese Herausforderung reagiert, indem sie attraktivere Konzepte für das Wohnen in der Stadt entwickelten und mit neuen, an die kulturellen Potenzen der Innenstädte anknüpfenden Strategien die Kaufkraft wieder stärker in die Stadtmitte zu lenken versuchten. Mit der im Rahmen eines EXPO-2000-Projekts begonnenen Revitalisierung des traditionsreichen Industrie- und Wohngebietes Plagwitz⁵⁾, dem 1995/96 errichteten Allee-Center (Architekten: gmp von Gerkan,

Marg und Partner, Hamburg) im Neubau-Großwohngebiet Grünau und dem 1994 – 1997 durchgeführten Ausbau des Hauptbahnhofs⁶⁾ (Architekten: HPP Hentrich-Petschnigg & Partner, Düsseldorf) zum Dienstleistungs- und Einkaufszentrum wurden in Leipzig solche Gegengewichte geschaffen.

Gradmesser für Baukultur ist nicht allein die Qualität einzelner herausragender Bauten, sondern ist die Bewältigung der sozialen, funktionellen und raumgestalterischen Aspekte der gesamten Stadtentwicklung, wobei in Ostdeutschland noch die Auseinandersetzung mit den zu DDR-Zeiten erbrachten Bauleistungen kommt. Die Neugestaltung der Stadtmitten von Magdeburg, Halberstadt und Dresden soll im folgendem kurz dargestellt werden, um zu zeigen, wie verschieden die aus den Voraussetzungen des jeweiligen Orts entwickelten Lösungen sein können. In jedem Fall waren die historischen Stadtzentren im Zweiten Weltkrieg fast völlig zerstört und ihre alten Strukturen seit den fünfziger Jahren durch eine neue Bebauung weitgehend überformt worden. So erhielt Magdeburg mit der Wilhelm-Pieck-Allee (heute Ernst-Reuter-Allee) einen riesigen Zentralen Platz,⁷⁾ der sich von der Otto-von-Guericke-Straße bis zum Elbufer erstreckte und von einem als neue sozialistische Stadtdominante zu errichtenden, jedoch nicht ausgeführten Turmhaus bekrönt werden sollte. Das ehrgeizige, in der zeittypischen Architektur der nationalen Bautraditionen gestaltete Städtebauensemble wurde 1953 begonnen und blieb trotz mehrerer planerischer Neuansätze ein Fragment, da die Wirtschaftskraft nicht ausreichte, die Umbauung des überdimensionierten Zentralen Platzes zu vollenden. Dieses ungelöste, seit Jahrzehnten schwelende Problem wurde im Februar 1990 mit einem von der Stadt Magdeburg veranstalteten Workshop wieder aufgegriffen und eine Bebauungsoption entwickelt, die dem wenige Jahre später realisierten Projekt bereits sehr nah kam. Alle Beteiligten waren sich einig, dass die große Leerfläche eine Chance bot, um das mit Einkaufs- und Dienstleistungseinrichtungen unterversorgte Magdeburger Stadtzentrum durch den Bau eines großen Shopping-Centers funktionell aufzuwerten und damit zugleich die räumliche Struktur des Stadtkerns zu festigen. Nachdem Ende 1992 der städtebauliche Ideenwettbewerb stattgefunden hatte und im Juli 1993 das Nutzungskonzept mit 4 Baufeldern für verschiedene Investoren durch die Stadt bestätigt worden war, erfolgte im Mai 1995 der Zuschlag an die Investoren. Als erster Abschnitt des Bauvorhabens entstand 1996 – 1998 das Ulrichshaus; ihm folgte 1997/98 das ebenfalls als Einkaufszentrum mit gastronomischen Einrichtungen, Büros, Wohnungen sowie mit einer von der Elbuferstraße aus befahrbaren Tiefgarage errichtete Allee-Center, das ein Areal von 245 x 90 Metern einnimmt. Beide Komplexe besitzen eine Nutzfläche von insgesamt mehr als 44 000 Quadratmetern in bester innerstädtischer Lage. Die architektonische Gestaltung der Fassaden ist von zurückhaltender Uniformität; die von Glasoberlichtern erhellten Passagen im Innern der Baublöcke entsprechen den Standards der Shopping-Zentren, wie sie in ähnlicher Ausführung überall begegnen. Trotzdem füllen die Bauten nicht nur die ehemals gähnende Leere aus, sondern definieren den städtischen Raum und bringen mit ihrem Handels- und Freizeitangeboten neues Leben in die Stadtmitte.

Im wesentlich kleineren Halberstadt, dessen dicht mit Fachwerkhäusern bebaute Altstadt im April 1945 unwiederbringlich vernichtet worden ist, gestaltete sich der Wiederaufbau seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ohne Rücksicht auf die historische Strukturen. Wo sich das Herz der mittelalterlichen Bürgerstadt - das Ensemble des Holzmarkts und des Fischmarkts mit dem zwischen beiden Plätzen stehenden gotischen Rathaus – einst befand, klaffte eine hässliche Brache, so dass dem diffus und weiträumig mit Großblock- und Großplattenhäusern bebauten Stadtzentrum im räumlichen wie im übertragenen Sinn die Mitte fehlte. Offenbar inspiriert vom Beispiel der Rekonstruktion des Hildesheimer Marktplatzes, wurde 1992 in Halberstadt die „Bürgeraktion Holzmarkt und Fischmarkt“ gegründet, die für die Wiederherstellung der verlorengegangenen Raumfolge und den Bau eines Rathauses am alten Standort eintrat. Nach einem städtebaulichen Wett-

bewerb, aus dem das Braunschweiger Architektenbüro Sawadda / Welp und Welp als Sieger hervorging, wurden 1996 – 1998 unter Wiederaufnahme der alten Baufluchten die Neubauten des Stadtzentrums mit einer Geschäftsfläche von mehr als 20 000 Quadratmetern errichtet. Es handelt sich im Grunde um eine ähnliche „Investorenarchitektur“ wie bei den eben besprochenen Magdeburger Einkaufszentrum, doch wurde hier das kommerzielle Bauprogramm zum Anlass genommen, die verloren gegangene historische Stadt- raumfolge wieder zurück zu gewinnen. Blickfang und Solitär des Ensembles ist das neue Rathausgebäude, dessen gediegene Außenbaugestaltung nicht als sklavischer Kopie der ehemaligen Fassaden, sondern als eine moderne architektonische Paraphrase über den historischen Vorgängerbau entwickelt worden ist. Ein „echtes“ Rathaus aber ist der Bau nicht, denn die Stadt hat lediglich einen Teil der Räumlichkeiten für ihr Bürgerbüro und einige andere Einrichtungen angemietet. Alle übrigen Rathaus-Funktionen sind wie bisher in anderen Gebäuden untergebracht. Die Lösung fand große Akzeptanz bei der Halberstädter Bevölkerung, weil es gelang, mit den zu Gebote stehenden Mitteln und Möglichkeiten ein Identität stiftendes Bauensemble zu verwirklichen.⁸⁾

Auch in Dresden hatte der in den 1950er Jahren begonnene Aufbau des Stadt- zentrums zur Anlage eines maßstablosen Demonstrationsplatzes geführt, der nur noch dem Namen nach an den ehemaligen Altmarkt erinnert. Nahm der historische Dresdner Alt- markt eine Platzfläche von 1,3 ha ein und besaß eine Bebauung von ca. 18 Metern Trauf- höhe, so betrug die Fläche des neu angelegten Platzes 3,4 ha. Die gemäß der Archi- tekturdoktrin der Nationalen Bautraditionen mit Anklängen an Bauformen des Dresdner Barocks gestalteten Häuserblöcke an der Ostseite und der Westseite des Platzes erreichten eine Traufhöhe von 23 Metern, womit ein dezidiert „großstädtischer“ Maßstab in das räumlich aufgeweitete Dresdner Stadtzentrum eingeführt werden sollte. Ähnlich wie in Magdeburg wurde auch dieses Zentrale Ensemble nicht vollständig fertiggestellt. So blieb die Bebauung der Platzostseite fragmentarisch, und statt des ursprünglich geplanten Turm- hochhauses wurde der breit gelagerte Baukörper des Kulturpalastes als moderner, 1969 in Betrieb genommener Mehrzweckbau errichtet. Mit Plänen, den viel zu groß geratenen Platz wieder auf die annähernd alten Dimensionen zurückzuführen, trug man sich bereits seit den achtziger Jahren. Das Vorhaben nahm jedoch erst verbindliche Gestalt an, als 1992 im Zuge des für die Dresdner Innenstadt entwickelten Planungsleitbildes der Beschluss des Stadtparlaments zum Rückbau von Altmarkt und Wilsdruffer Straße gefasst wurde. Die neue, die Südseite des Altmarktes begrenzende Bebauung wurde nach einem Projekt des Büros Gerkan, Marg & Partner ausgeführt. Im Frühjahr 2000 wurde der erste Bauabschnitt im Innenausbau vollendet. Es entstand ein die räumlichen Verhältnisse des Stadtkerns im Bereich zwischen Altmarkt und Wilhelm-Külz-Ring nachhaltig veränderndes Gebäudeen- semble in der üblichen Funktionsmischung von Geschäfts- und Büronutzung, das die Be- bauungsflucht der Altmarktwestseite optisch verkürzt und dem Altmarkt eine ungewohnte, völlig neue Räumlichkeit gibt. Der historische Marktplatz hatte eine leicht trapezoide, sich längsrechteckig von Norden nach Süden streckende Grundfläche ; der jetzige Altmarkt erscheint in seiner Richtung gleichsam um 180 Grad gedreht als ein seitlich an die Wils- druffer Straße angelagerter querrrechteckiger Platz, dessen Physiognomie von den plötzlich viel plastischer und höher als vordem wirkenden Häuserblöcken der fünfziger Jahre be- stimmt wird.

Um für den Bau einer Tiefgarage unter dem Altmarkt Investoren zu gewinnen und die Fläche des traditionsreichen Platzes nach einem dem Ort angemessenen künstlerischen Konzept neu zu gestalten, wurde 1999 / 2000 von der Stadt Dresden ein städtebaulicher Ideen- und Realisierungswettbewerb durchgeführt. Gemeinsam ist den fünf mit Preisen bedachten Entwürfen, dass sie die heutige Platzumbauung respektieren und weder durch autonome Begrünungs- und Kunstkonzepte noch durch aufdringliche Möblierung einen völlig neuen „Platz im Platz“ stiften wollen. Nicht die formal extravaganten und nur mit

einem besonders großen bautechnischen Aufwand umsetzbaren Lösungen, sondern die scheinbar einfachen Konzepte erwiesen sich als tragfähig, weil sie eine leichter zu realisierende und zudem größere Vielfalt zukünftiger Nutzungen vorsahen. Diesen Ansatz hat am konsequentesten der mit dem 1. Preis bedachte Entwurf von Hinnerk Wehberg (Hamburg) herausgearbeitet. Die kleinteilig gepflasterte, von großen Aufbauten frei gehaltene Platzfläche ist zwischen den platzrahmenden Gebäuden als eine „disponible Bühne für die Bürger Dresdens“ (H. Wehberg) ausgespannt und von großen Aufbauten völlig freigehalten. Schlanke, den Platz umlaufende Leuchtstelen sorgen für die abendliche Beleuchtung; die zu besonderen Anlässen durch einen aus der Platzmitte schräg aufragenden Flutlichtmast verstärkt werden kann. Zur Ostseite hin sind „archäologische Fenster“ in die Platzfläche eingelassen, die einen Blick auf die freigelegten Fundamente eines Teils der historischen Altmarktumbauung ermöglichen und damit Geschichte in ihrer Vergänglichkeit anschaulich erlebbar machen. Der solcherart neugestaltete Platzraum eignet sich vom kleinen Wochenmarkt bis hin zum großen Stadtfest für die verschiedensten Nutzungen. Er gewinnt seine Bedeutung nicht durch „sinnstiftende“ Installationen, sondern durch die auf ihm stattfindenden Ereignisse. Dadurch wird es möglich sein, ihn wieder in das alltägliche und in das festliche Leben der Stadt einzubinden, wie dies beim historischen Altmarkt der Fall war.

Diese drei kurz besprochenen Beispiele belegen, dass die Palette der Lösungswege breit ist, und dass baukulturelle Ansprüche nicht aus abstrakten Leitbildern, sondern nur aus den konkreten Anforderungen und Möglichkeiten des Ortes entwickelt werden können. Es muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass die zukünftige Planungs- und Bautätigkeit in Ostdeutschland von ernststen strukturellen Problemen belastet sein wird, die im Laufe des vergangenen Jahrzehnts geradezu dramatische Dimensionen angenommen haben und denen nur durch nicht mehr weiter aufschiebbare baupolitische Entscheidungen wirksam begegnet werden kann. Sorgen bereitet vor allem der chronische Wohnungsleerstand. Er beträgt in den „neuen“ Bundesländern derzeit fast eine Million, d.h. etwa 13 Prozent des Gesamtbestandes. Betroffen sind nicht allein die zu DDR-Zeiten entstandenen, in industriellen Bauweisen erstellten Neubauwohngebiete, sondern ebenso die gründerzeitlichen Altbauwohngebiete und vielerorts noch immer ein Teil der Wohnungsbauten in den historischen Stadtkernen. Eine im November 2000 zusammengetretene Regierungskommission schätzt ein, dass in den nächsten zehn Jahren ca. 350 000 leerstehende Wohnungen abgerissen werden müssen, um die Defizite auf dem Wohnungsmarkt auszugleichen und die Entwicklung der Städte wieder in die richtige Richtung lenken zu können. Andere Experten, so die Diskussionsrunde des im September dieses Jahres auf der EXPO 2000 in Hannover durchgeführten Kolloquiums „Zukunft unserer Städte“⁹⁾, prognostizieren gar den Abriss von maximal 500 000 Wohnungen. Allein im Freistaat Sachsen würde, wenn die rückläufige Bevölkerungsentwicklung ungebremst weiter ginge, bis zum Jahr 2015 ein Bevölkerungsrückgang von 12 Prozent eintreten. Für Leipzig, das nach den letzten Eingemeindungen mühsam auf eine Einwohnerzahl von ca. 490 000 wieder angestiegen ist (1990 betrug die Einwohnerzahl bei einem erheblich kleineren Stadtterritorium noch 530 000), würde dies einen Schwund um 58 000 auf 431 000 Einwohner bedeuten. Derzeit beträgt der Wohnungsleerstand in der sächsischen Messemetropole etwa 19 Prozent (d.h. rund 60 000 Wohnungen), schreitet die Verödung strukturschwacher Stadtteile und sozial minder attraktive Wohngebiete voran, während sich die von quirligem urbanem Leben erfüllte City im Glanz ihrer neuen Geschäftshäuser und akribisch sanierten Baudenkmale sonnt.

Abschließend möchte ich einige Kriterien für heutige und zukünftige Baukultur nennen. Sie sind durch erfolgreich angelaufene Förderprogramme in der Praxis bereits erprobt und müssen, was einfach zu sagen und wesentlich schwerer zu realisieren ist, unter komplizierter sich gestaltenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verfolgt wer-

den. An erste Stelle sei die noch intensivere Entwicklung der Stadtdenkmalpflege als integraler Bestandteil der Stadterneuerung genannt. Dies bedingt auch eine Architektur für den historischen Ort, die modernes Bauen überhaupt nicht ausschließt, sondern die Kreativität der Architekten und Bauherrn in ganz besonderen Maß herausfordert! Behutsames Bauen im Bestand der historischen Innenstädte heißt die geschichtlichen Feinstrukturen erhalten und denkmalpflegerisch intendierte Sanierungskonzepte nicht auf den schönen Schein der Fassaden beschränken, heißt schließlich auch Anerkennung der ganzen Geschichte, einschließlich der erhaltenswerten Bauleistungen der DDR-Zeit.¹⁰⁾

Baukultur wird auch in Zukunft an der Weiterentwicklung und Erhaltung der Altbauwohngebiete mit ihren hohen urbanen Qualitäten festzumachen sein, trotz unvermeidlicher, auf das Notwendige zu beschränkender Abrisse. Andernfalls würde die bauliche Identität der Städte irreparabel beschädigt. Dabei wird sich der Schwerpunkt von der „Nobelsanierung“ besonders üppiger Gründerzeitbauten auf die funktionelle und gestalterische Aufwertung des gesamten Wohnumfeldes verlagern, um insbesondere dem Auszug junger Familien mit Kindern in die trügerische Idylle der neuen Wohnparks im Umland der Städte entgegen zu wirken. Dies gilt ohne grundsätzliche Abstriche ebenso für die Neubauwohngebiete der DDR-Zeit, in denen auch zukünftig ein großer Teil der städtischen Bevölkerung leben wird und deren Entwicklungspotenziale längst nicht ausgeschöpft sind. Die zuweilen als neues „Heilmittel“ beschworene Abrissbirne ist keine Patentlösung der hier anstehenden Probleme. Eine maßvolle Reduzierung des Baubestandes bei gleichzeitiger funktioneller und gestalterischer Aufwertung der Neubauwohngebiete sind die einzig möglichen Strategien, die hier auf längere Sicht eine nachhaltige Verbesserung der sozialen und kulturellen Bedingungen des Wohnens bewirken können.

Baukultur entsteht nicht in einem autonomen Schöpfungsakt auf den Reißbrettern der Architekten, sondern nur in erfolgreicher Interaktion aller an der Gestaltung unserer baulichen Umwelt beteiligten Kräfte. Von dieser Prämisse ging auch die am 24. Juli 1990 verabschiedete „Dessauer Erklärung“ aus. Das im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld der Wiedervereinigung entstandene Grundsatzpapier wurde auf Initiative des BDA von westdeutschen und ostdeutschen Architekten, Stadtplanern, Architekturtheoretikern und Baupolitikern erarbeitet, die sich am Bauhaus Dessau zu einem Gedankenaustausch über die zukünftige Entwicklung des Bauens getroffen hatten. Als Ergebnis der Beratungen wurde ein 14 Punkte umfassendes Manifest verabschiedet, das die damals bereits in großen Konturen erkennbaren Aufgaben für die zukünftig gemeinsame Entwicklung des Bauens benannte. Der letzte Punkt ist dem komplexen Thema „Bauen als Kulturaufgabe“ gewidmet. Ich erlaube mir, diese Passage am Schluss meines Referates im Wortlaut zu zitieren, weil sie auf unsere Frage nach dem Wesen der Baukultur eine gültige Antwort zu geben vermag: „Architektur und Städtebau ist eine öffentliche Angelegenheit. Sie wird mit Hilfe der Medien, durch Ausstellungen, Architekten- und Bauherrenwettbewerbe, Architekturkritik hergestellt; eine architektonische ‚Streitkultur‘ ist der Qualität nur förderlich. Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf eine gebaute Umwelt mit hoher Qualität; sie muss diese aber (...) auch einfordern. Nur das Prinzip der Interessenbalance aller Kräfte kann den hohen Anspruch von Architektur und Stadtbau gewährleisten. Die Gesellschaft muss aber auch die Kraft haben, individuelle und sich zunächst scheinbar einem Konsens entziehende Lösungen zu fördern. Die Schaffung einer demokratischen Baukultur muss das Ziel aller Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft sein. Sie stellt sich in dem Maße her, wie die gesamte Gesellschaft sie als ihre Aufgabe und Verpflichtung begreift. Eine menschenwürdige, gebaute Umwelt wird im Interessenfeld von Bauherren, Architekten und Bauwirtschaft gebildet; sie muss sich am Wert für den einzelnen Menschen messen lassen.“¹¹⁾ Es ist evident, dass die eben verlesenen Sätze nicht auf spezifisch „ostdeutsche“ Verhältnisse ausgelegt sind, sondern baukulturelle Leitlinien darstellen, die seit den siebziger Jahren zunehmend international konsensfähig geworden sind. Sie haben auch heute ihre Relevanz

nicht verloren. Allerdings bedarf es nach wie vor eines großen, nicht nachlassenden Engagements, um sie in die Praxis umzusetzen.

Anmerkungen

- 1.) Thomas Topfstedt und Bertram Kober : Stadtdenkmale in Ostdeutschland. Leipzig 1994
- 2.) Initiativgruppe 1. Leipziger Volksbaukonferenz (Hrsg.): Tagungsergebnisse der 1. Leipziger Volksbaukonferenz. Leipzig 1990
- 3.) Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau / Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte - Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz in den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996
- 4.) „Um Leipzig herum sind in den Jahren 1990 bis 1995 insgesamt sechs Einkaufszentren entstanden, alle mit mindestens 20 000 Quadratmetern großen Verkaufsflächen, darunter mit dem Saalepark bei Günthersdorf (Landkreis Merseburg) an der Autobahnauffahrt Leipzig-West/Merseburg, das größte Einkaufszentrum mit ca. 90 000 Quadratmetern Verkaufsfläche. Insgesamt sind auf diese Weise rings um Leipzig etwa 255 000 Quadratmeter Verkaufsfläche in nicht in die Stadt integrierten Einkaufszentren auf die „Grüne Wiese“ gesetzt worden.“ (Niels Gormsen und Armin Kühne: Leipzig. Den Wandel zeigen. Zur Entwicklung des Stadtbildes von 1990 bis 2000. Leipzig 2000, S. 30)
- 5.) Hiort, Karin und Thomas Nabert (Hrsg.): Plagwitz. Ein Leipziger Stadtteil im Wandel. Leipzig 2000
- 6.) zum Grünauer Allee-Center und zum Hauptbahnhof siehe Ingeborg Flagge und Annette Hellmuth: Leipzig. Bauten 1989 – 1999 / Leipzig. Buildings 1989 – 1999 (Hrsg. Engelbert Lütke Daldrup), Basel / Berlin / Boston 1999, S. 150 ff, 198 ff
- 7.) Landeshauptstadt Magdeburg, Stadtplanungsamt (Hrsg.): Magdeburgs Innenstadt lebt. Die Bebauung des Zentralen Platzes im Stadtzentrum von Magdeburg. Magdeburg 1998
- 8.) Westphal, Jürgen (Redaktion und Bearbeitung): Das Modell Halberstadt. Aus alten Wurzeln zu neuem Leben. Quedlinburg 1998; Rat der Stadt Halberstadt, Stadtarchiv (Hrsg.): Halberstadt. Fotos zeigen Geschichte III (Sonderband über Geschichte und Neubau von Holz- und Fischmarkt), zusammengestellt von Corinna Braune und Gabriele Bremer), Halberstadt 1998
- 9.) Guth, Peter: Dynamit ist wahrlich keine Lösung. In: Leipziger Volkszeitung vom 20. September 2000
- 10.) Verfallen und vergessen oder aufgehoben und geschützt ? Architektur und Städtebau der DDR – Geschichte, Bedeutung, Umgang, Erhaltung (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Band 51) o . J. (1996); siehe auch die Beiträge zu diesem Thema in der Aufsatzsammlung von Kil, Wolfgang: Gründerparadiese. Vom Bauen in Zeiten des Übergangs. Berlin 2000

11.) „Auf dem Wege zu einer demokratischen Baukultur“: Dessauer Erklärung vom 24. Juli 1990. In: Architektur und Städtebau der DDR. Textauswahl, zusammengestellt von Thomas Topfstedt (Materialien zur Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 15. und 16. Mai 1995 in Berlin), S. 101 – 109

BAUKULTUR

Der Begriff **Baukultur** scheint ausschließlich positiv besetzt zu sein und vor allem auf ein qualitativ hochwertiges Bauen abzielen. Baukultur greift aber über den Kompetenzbereich der Architekten und Stadtplaner weit hinaus. Sie formiert sich in einem interaktiven Prozess, in den auch die Bauherren, die Nutzer und eine möglichst breite Öffentlichkeit eingebunden sind. Letzten Endes handelt es sich, wenn wir von Baukultur sprechen, um den gesellschaftlichen Umgang mit dem Bauen.

Eine **Stiftung Baukultur**, eine Organisation ähnlich dem „Nationalkomitee für Denkmalschutz“, die eine eigene Schriftenreihe und öffentlichkeitswirksame Fachtagungen durchführt, wäre gut. Sie sollte eng mit anderen Vereinigungen zusammenarbeiten, z. B. dem Bund Deutscher Architekten, der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, den Akademien der Künste und ihren Architektur-Klassen oder dem Deutschen Werkbund, der sich seit seiner Gründung 1907 aktiv in die baukulturellen Diskurse einbringt.

Die **DDR** versuchte, Baukultur zentralistisch zu lenken und den planwirtschaftlichen Prämissen der Bauproduktion unterzuordnen, was schließlich in die Katastrophe geführt hat. Vergleichbar mit Westdeutschland war in Fachkreisen wie auch in großen Teilen der Öffentlichkeit zunächst die Haltung, dass im Zuge des Baubooms nach dem Zweiten Weltkrieg alles neu Entstandene als grundsätzlich Bessere begrüßt wurde. Diese Einstellung hat sich in dem Maße gewandelt, wie die zumeist industriell erstellten Neubauten die historischen Strukturen ablösten und der rapide Verfall der Altstädte seit den 1970er Jahren nicht mehr zu übersehen war.

In den späten 1980er Jahren artikulierten in einigen Städten Ostdeutschlands vor allem die Künstler und die Vertreter der Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung erstmals öffentlich ihren Protest gegen diesen Niedergang der Baukultur, der im Gefolge der politischen Wende für kurze Zeit ein breiter diskutiertes, die Öffentlichkeit bewegendes Thema wurde (erinnert sei an Aktionen wie den Erfurter Bürgerwall im Dezember 1898 und die Leipziger Volksbaukonferenz im Januar 1990). Nach der Wiedervereinigung wurden große Förderprogramme der Stadtentwicklung und des städtebaulichen Denkmalschutzes aufgelegt. Jenseits mancher nicht erfüllten Erwartungen sieht man nach 10 Jahren das überwiegend Positive dieser Entwicklung. Bemerkenswert ist, dass in den letzten Jahren lokal organisierte Bürgerinitiativen und Vereine wieder mehr Einfluss auf das Planungs- und Baugehen zu nehmen versuchen. Die Palette der Themen ist breit und reicht von essentiellen Fragen der Stadtentwicklung bis hin zu nostalgischen Rückbauforderungen. Das Niveau der Baukultur wird nicht zuletzt von der substanziellen Qualität solcher öffentlich „vor Ort“ geführten Diskurse mitbestimmt.